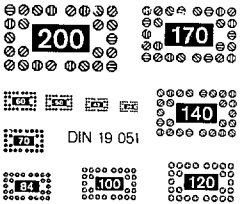

FTENREIHE DER INDUSTRIEGEWERKSCHAFT BERGBAU

DGB - BV
A/K
0-
1191
-a

HEFT 6

Gemeinschaft verpflichtet

Von Fritz Dahlmann

Tauschexemplar

Gemeinschaft verpflichtet

Von Fritz Dahlmann

Druck: Verlagsgesellschaft der IG Bergbau mbH, Bochum, Clemensstraße 17-19

V O R W O R T

Die Bezirksleitung Bochum der Industriegewerkschaft Bergbau veranstaltete am 13. Oktober 1957 eine Bezirks-Funktionärkonferenz, an der etwa 1200 Funktionäre der Ortsgruppen, Schachtgewerkschaftsausschüsse und Betriebe teilnahmen. Im Mittelpunkt dieser Kundgebung stand ein Referat des zweiten Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, des Kollegen Fritz Dahlmann, mit dem Thema „Gemeinschaft verpflichtet".

Da der Kollege Dahlmann in seinem Referat Grundsatzprobleme und aktuelle Tagesfragen angesprochen hat, wurde von einer Vielzahl der Funktionäre der Wunsch geäußert, das Referat gedruckt allen Ortsgruppen zur Verfügung zu stellen. Diesem Wunsche kommt der Hauptvorstand mit der Veröffentlichung in unserer Schriftenreihe nach.

Wir hoffen, daß unsere Funktionäre dieses Referat als Material für weitere Veranstaltungen innerhalb der Ortsgruppen benutzen und die angesprochenen aktuellen Grundsatzprobleme unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen.

Gemeinschaft verpflichtet

Unter diesem Motto wird die heutige Veranstaltung durchgeführt. Dieser Grundsatz soll auch Leitmotiv meines Referates sein. Nur das Gefühl, innerhalb einer Gemeinschaft und ausschließlich für diese tätig zu sein, gibt uns die Kraft und Beharrlichkeit, unseren gewerkschaftlichen Tagesaufgaben gerecht zu werden.

Daß Gewerkschaften eine Notwendigkeit sind, ohne die wir vor allem im Wirtschaftsleben nicht auskommen, ist heute so gut wie unbestritten. Insbesondere die Werktätigen wissen um diese Notwendigkeit, denn nur die organisierte Arbeitnehmerschaft kann die Arbeitnehmerinteressen wirksam und mit Erfolg vertreten.

Jeder hat einmal persönliche Interessen gegenüber seinem Arbeitgeber zu vertreten oder wird in einen Rechtsstreit verwickelt. Allein, ganz auf sich gestellt, kann er nur wenig ausrichten.

Mantel- und Lohntarifverträge, die das Einkommen der Bergarbeiter sichern, den Urlaubsanspruch garantieren und die übrigen Arbeitsbedingungen regeln, wollen ausgehandelt und notfalls erkämpft sein.

Auch die gegebenen Sozial- und Arbeitsschutzgesetze wirken nicht selbsttätig. Sie werden für die Arbeitnehmer erst dann Rüstzeug und Waffe, wenn sie von ihrer Organisation klug und geschickt genützt werden.

So besitzen die Gewerkschaften — heute wie früher — eine große Werbekraft. Eine Werbekraft, der wir uns selbst als Funktionäre manches Mal gar nicht so recht bewußt sind. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, insbesondere in den wichtigsten Industriezweigen, sind uns Beweis dafür, daß die Arbeitnehmer den Wert der Gewerkschaften zu schätzen wissen.

Sicher gibt es über die Wirksamkeit der Gewerkschaften auch unrealistische Vorstellungen. Diejenigen Mitglieder, die am Leben und Wirken der gewerkschaftlichen Organisation keinen

aktiven Anteil nehmen, glauben zumeist, daß alles von selbst kommt.

Die Gewerkschaft ist kein Automat, wo man fein säuberlich abgezählt seinen Beitrag hineinwirft und alles andere geschieht selbsttätig. Mit der karteimäßig erfaßten Mitgliedschaft allein ist noch kein gewerkschaftliches Leben möglich. Gerade Ihr als Funktionäre unserer Organisation wißt um das Maß an Arbeit, das zu leisten ist, um den Verband mit wirklichem Leben zu erfüllen.

Es sind vor allem die Funktionäre in den Betrieben und Ortsgruppen, die in mühsamer täglicher Kleinarbeit unser Wollen publizieren, den unmittelbaren Dienst am Mitglied erfüllen und immer wieder die noch unorganisierten Arbeitskameraden ansprechen.

Die Funktionäre gerade auf der unteren Organisationsebene sind es, die gegen Unverstand zu Felde ziehen und stets Rede und Antwort stehen müssen. Diese Arbeit ist dem Gewerkschaftsfunktionär fast zur Lebensaufgabe geworden. Eine solche Aufgabe erfordert nicht nur ein gerüttelt Maß an Beharrlichkeit, sondern auch viel Geschick, Fingerspitzengefühl und die Achtung gegensätzlicher Meinung.

Nicht alle Argumente, die man uns entgegensetzt, sind undiskutabel. Wir müssen darauf eingehen. Gerade eine sachlich geführte Diskussion ist sehr oft für den Erfolg ausschlaggebend.

Unser Gegenüber muß spüren, daß wir es ehrlich meinen. Wir legen keinen Wert auf einen Augenblickserfolg; was wir brauchen sind wirklich überzeugte Kameraden. Erst dann sind sie nicht nur Mitglieder, sondern Mitarbeiter im besten Sinne.

In den kommenden Wochen und Monaten wollen wir uns noch intensiver als bisher um die Gewinnung der Kameraden mühen, die den Weg noch nicht in die große Gemeinschaft unserer Gewerkschaft fanden. Sicherlich sind wir in dieser Richtung in der letzten Zeit schon außerordentlich aktiv gewesen, doch diese Aktivität muß noch gesteigert werden.

An Hand der Komponenten Mitgliederstand und Beitragsaufkommen — das eine ist mit dem anderen untrennbar verbunden — läßt sich zwar nicht ohne weiteres der Weg oder die Bedeutung einer Organisation ablesen; die Schlag- und Kampfkraft eines Verbandes aber wird ohne Zweifel gerade von diesen beiden Faktoren ganz entscheidend bestimmt.

Dieses hat Geltung für jeden organisatorischen Zusammenschluß, insbesondere jedoch für einen wirtschaftlichen Kampfverband, wie es die Gewerkschaft ist. Nur wenn sie entsprechend stark ist, kann sie die Interessen der bei ihr organisierten Arbeitnehmer und die gestellten Forderungen mit dem mitunter notwendigen Nachdruck vertreten.

Wenn nicht alles trügt, kommt eine ernste Auseinandersetzung im wirtschaftlichen Bereich auf uns zu, die uns gerüstet finden soll. Darüber hinaus ist es uns ein besonderes Anliegen, uns in der Arbeit auf eine breite Mitgliedschaft und damit große Basis des Vertrauens zu stützen.

Jeder von euch mag sich wohl schon einmal gefragt haben, ob es lohnt, neben der schweren beruflichen Arbeit, sich für die Gewerkschaft, für die Gesamtheit der Bergarbeiter abzumühen. Eine solche Frage darf eindeutig mit einem „Ja" beantwortet werden. Geht es der Gemeinschaft gut, profitiert davon auch der einzelne.

Geboren aus der Erkenntnis, daß die Arbeitnehmer sich zur Durchsetzung ihrer Wünsche und Forderungen zusammenschließen müssen, fanden sich einst die Begründer unserer Gewerkschaft. Aus der gleichen Erkenntnis setzen andere ihre Arbeit fort, und so arbeitet auch ihr heute in eurer Gewerkschaft für die sozialen Belange der Arbeitskameraden innerhalb der Bergbauwirtschaft.

Nach euch werden andere die Arbeit fortsetzen, und zwar einfach deshalb, weil es auch in Zukunft soziale Probleme geben wird, die nur mit Hilfe einer starken Gewerkschaft gelöst werden können. Dabei sind die sozialen Fragen im Bergbau weit brennender als in anderen Wirtschaftszweigen. Und wie wir aus Erfahrung wissen, auch weit schwerer zu lösen.

Eine Organisation wie unsere Industriegewerkschaft Bergbau ist nicht denkbar, wenn sie nicht getragen wird von dem echten Gemeinschaftsgeist der gewerkschaftlichen Mitarbeiter. Dabei muß jeder einzelne voll seinen Mann stehen, und dieses in der rechten Kenntnis unseres Gegenübers, seiner Meinungen und Argumente — in echtem Verantwortungsbewußtsein mit der notwendigen Einsatzfreude, Wendigkeit und Zähigkeit.

Diese Arbeit wird vom Vorstand der IG Bergbau stets mit Dankbarkeit anerkannt.

Die Lösung der sozialen Frage ist unsere Aufgabe

Die Vorstellung vom Sozialen und seinen Beziehungen ist in den letzten Jahren im allgemeinen und in der Wirtschaft im besonderen mehr und mehr verblaßt. Zwar longiert man recht häufig mit dem Begriff „sozial", doch sind die Vorstellungen recht vage. Es gehört zum gewohnten Wortschatz, weil man nun schlecht unsozial sein kann.

Zweifellos ist aber noch lange nicht derjenige sozial, der einem wirtschaftlich schwächeren Mitbürger freundlichst auf die Schulter klopft, um ihn seines Mitgefühls und seiner Anteilnahme zu versichern. „Sozial" ist mehr, entschieden mehr.

An sich hat die soziale Frage als Störung menschlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse schon immer bestanden. Doch die soziale Frage, wie sie uns konkret interessiert und beschäftigt, ist ein Produkt des modernen Wirtschaftslebens. Sie hatte ihre Geburtsstunde in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Seit einem ganzen Jahrhundert sind die arbeitenden Menschen bewußt um ihre soziale Sicherheit besorgt. Diese Sorge ist bis zum heutigen Tage geblieben.

So haben ohne Ausnahme alle Arbeitnehmer nur einen zentralen Wunsch, der gewissermaßen alle detaillierten Wünsche einschließt: „Soziale Sicherheit im umfassenden Sinne."

Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist darum die Lösung dieser anstehenden sozialen Frage; Hebung und Sicherung des wirtschaftlich-materiellen Lebensstandards, wie aber auch des gesellschaftlich-kulturellen Standes der Arbeitnehmer.

An erster Stelle unserer Arbeit steht das Bemühen um die Förderung der wirtschaftlich-materiellen Existenz der Arbeitnehmer und vor allem die Sicherung dieser Existenz, gewissermaßen als wesentlichste Voraussetzung für die Entfaltung des Menschen als Persönlichkeit. Ohne ausreichende Existenz für sich und seine Familie ist der sozial Schwache nicht zu echter Mitgestaltung gesellschaftlicher und kultureller Verhältnisse fähig.

Die Grundlage für eine solche Sicherheit aber bildet die Stetigkeit im Wirtschaftsablauf. Ob wir die derzeitige Konjunktur auf längere Sicht stabilisieren können, hängt im wesentlichen davon ab, ob es uns gelingt, der deutschen Wirtschaft wie den anderen nationalen Wirtschaften genügende Energiemengen zur Verfügung zu stellen, um die Voraussetzung für eine Ausweitung der Produktion zu schaffen.

Eine Ausweitung der Produktion bedeutet aber auch gleichzeitig, die Voraussetzungen schaffen für die Erhöhung des Lebensstandards. Diese Erkenntnis spielt in der Politik der freien Gewerkschaften eine ausschlaggebende Rolle. Die Gewerkschaften wissen zu genau, daß der niedrige Lebensstandard irgendeines Volkes stets Gefahren für die Freiheit und den inneren und äußeren Frieden in der Welt mit sich bringt. Diese Erkenntnis ist uns Leitgedanke in unserer gewerkschaftlichen Politik.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Kohle auch auf Sicht die dominierende Stellung innerhalb der Energieversorgung behalten wird, ergeben sich für unsere Industriegewerkschaft Bergbau neue zusätzliche Aufgaben. Wir unterschätzen dabei keineswegs die Entwicklung der Atomforschung für friedliche Zwecke. Diese Tatsache veranlaßt den Bergbau, enorme Anstrengungen zu machen, damit er seine Aufgaben voll erfüllen kann.

Die Industriegewerkschaft Bergbau ist sich völlig darüber im klaren, daß auch im Bergbau Möglichkeiten gegeben sind, über eine weitere Mechanisierung und eine betriebliche Konzentration zur größeren Produktion zu kommen. Von einer Automation wie in anderen Industriezweigen kann im Bergbau jedoch nie die Rede sein.

Man mag diese Tatsache bedauern, doch ändern können wir daran nichts. Die natürlichen Verhältnisse setzen dem menschlichen Wollen zur Zeit noch unüberwindlich erscheinende Hindernisse entgegen. Somit aber stimmt unsere wiederholt getroffene Feststellung, daß bergmännische Arbeit auch auf lange Sicht schwere körperliche und gefahrvolle Tätigkeit bleiben wird. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Abneigung gegen den Bergmannsberuf.

Hier beginnt die große Aufgabe der Industriegewerkschaft Bergbau. Wie bisher wird sie um die Verbesserung des sozialen Status der Bergarbeiter kämpfen. Wir haben den Willen, dieses Ziel durch einen ständigen Appell an Vernunft und Einsicht aller, unter Hinweis auf den notwendigen Nachwuchs, zu erreichen. Doch sind wir ebenso entschieden bereit, für unsere Anliegen zu kämpfen, wenn es die Situation erfordert.

Es ist völlig abwegig, unseren Kampf als „berufsegoistisch" zu bezeichnen. Wer dies tut, kann entweder die Situation nicht

recht übersehen oder aber handelt wider besseres Wissen. In Wirklichkeit handelt es sich bei unserem Bemühen um volkswirtschaftliche Weitsicht und Verantwortungsbereitschaft.

Keineswegs möchten wir den Unternehmensvertretern unterstellen, daß sie diese Weitsicht und Verantwortungsbereitschaft nicht besitzen. Die Abwehr berechtigter Forderungen für unsere Bergarbeiter läßt jedoch den Schluß zu, daß man auf der Gegenseite im Augenblick noch zu stark betriebswirtschaftlich denkt und sich deshalb in die Gefahr begibt, volkswirtschaftlich die Sicht zu verlieren.

Wie will man denn die Nachwuchsfrage im Bergbau lösen? Wie will man erreichen, daß sich auf dem Arbeitsmarkt ein Teil der Arbeitsuchenden für den Bergbau entscheidet. Der junge Mensch, der in das Arbeitsleben eintritt, entscheidet sich nur dann für den Bergbau, wenn er davon überzeugt ist, daß er für die schwere berufliche Arbeit auch ein entsprechendes Äquivalent bekommt.

Die Sonderstellung des Bergmanns im Wirtschaftsleben

In der klaren Erkenntnis der Entwicklung haben wir vor Jahren die Spitzenstellung der Bergarbeiter gefordert. Was vor Jahren noch umstritten war, ist heute anerkannter Grundsatz. Aber auf den Grundsatz allein kommt es nicht an, denn der Grundsatz ist auch schon dann gewährleistet, wenn das bekannte Zünglein an der Waage nur ganz leicht zugunsten der Spitzenstellung durchschlägt.

Daß in diesem ganz leichten Übergewicht nicht die Lösung gefunden werden kann, dürfte mittlerweile allen Verantwortlichen in der Wirtschaft klargeworden sein. Es gehört schon ein entscheidendes Übergewicht dazu, um den Bergmannsberuf attraktiv zu machen. So gibt es denn, auf längere Sicht gesehen, keine festen Normen hinsichtlich der Lohnhöhe sowie der Arbeitszeit für den Bergbau. Entscheidend wird immer sein, daß man das, was man den Arbeitnehmern in der vergleichbaren Wirtschaft gewähren kann, den Bergarbeitern mit sichtbarem Abstand gewährt.

Heute diskutieren wir über die 40-Stunden-Woche in der Wirtschaft im allgemeinen und über die 35-Stunden-Woche für die Untertagebeschäftigten im Bergbau. Wenn einmal über die 35-Stunden-Woche für die Arbeitnehmer in anderen Industriezweigen diskutiert werden muß, werden wir für die Bergarbeiter eine wesentlich kürzere Arbeitszeit fordern. Dies entspringt keinem Agitationsbedürfnis, sondern beinhaltet volkswirtschaftliche Logik. Die Arbeitszeit für unsere Kumpels wird immer in einer günstigeren Relation zu der Arbeitszeit der Arbeitnehmer in der übrigen Wirtschaft stehen müssen.

Wenn wir von unseren Aufgaben sprechen, kommen wir nicht umhin, die Frage nach dem realen Unterbau unserer Bemühungen aufzuwerfen. Wir haben bereits festgestellt, daß auch, auf Sicht gesehen, die Kohle ihre volkswirtschaftliche Bedeutung behalten wird. Völlige Klarheit aber muß darüber bestehen, daß diese These nur dann Gültigkeit hat, wenn der Bergbau seinen sozialen Verpflichtungen nachkommt.

Wohl niemand zweifelt daran, daß dies durchaus möglich ist. Der Bergbau hat sich im Gegensatz zu früheren Jahren sehr gut erholt. Sorgfältige und nicht gerade geringe Investitionen haben dazu beigetragen, die Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen beträchtlich zu verbessern. Es besteht kein Anlaß, die betriebswirtschaftlichen Rückschläge, bedingt durch die augenblickliche Grippewelle, dramatisieren und normalisieren zu wollen.

Weitere Investitionen sind notwendig, um zu einer noch größeren Produktivität zu kommen. Daß diese hohen Investitionsmittel nicht allein über die Eigenfinanzierung aufgebracht werden können, ist selbstverständlich. Man denke nur an die enormen Mittel, die bereitgestellt werden müssen für die Verlagerung des Bergbaus nach Norden.

Hier gilt es, das richtige Maß zu finden, damit auch die im Bergbau Beschäftigten in etwa das Gefühl behalten, daß man sich über die Bedeutung des besonderen sozialen Status für die Bergarbeiter die notwendigen Sorgen macht. Im Hinblick auf die Verantwortung für die gesamte Volkswirtschaft sei in diesem Zusammenhang der Hinweis auf die sehr gefährliche Selbstfinanzierung über die Preise im allgemeinen erlaubt.

Der Streit um den Kohlenpreis geht unvermindert weiter. Täuschen wir uns aber nicht; jede Kohlenpreiserhöhung hat tiefere Ursachen und noch nicht zu übersehende Wirkungen und wird die Gemüter auch in der Zukunft noch erhitzen. Es geht ganz einfach darum, ob der Kohlepreis ein Marktpreis sein soll oder ob er unabhängig von der Marktsituation nach vertretbaren volkswirtschaftlichen Grundsätzen festgesetzt wird.

Aber selbst wenn man die Marktsituation ausnutzt, besteht schon jetzt die berechtigte Frage, ob nicht eine Kohlenpreiserhöhung zu einem beachtlichen Übergewicht der amerikanischen Kohle führt. Es ist kein Geheimnis, daß in Hamburg die US-Kohle billiger verkauft wird als die Ruhrkohle. Vor der Gefahr, die damit auf uns zukommt, darf man nicht die Augen schließen. Die augenblickliche Kohlenversorgungslage reizt förmlich dazu, langfristige Verträge mit den Lieferanten aus den USA abzuschließen.

Nach der letzten Erhöhung ist nach unserer Auffassung der Kohlenpreis bereits an die Marktgrenze gestoßen.

Nach einer dem Ruhrkohlen-Pressespiegel entnommenen Zeitungsnotiz kostet in Hamburg jetzt Ruhrkohle pro Tonne 83,— DM, dagegen US-Kohle pro Tonne 75,— DM. Umgerechnet auf den Heizwert der Kohle aber liegen die schweren Heizöle noch weit billiger, nämlich bei nur 71,50 DM. Preiswünsche sind begrenzt — Bäume wachsen nicht in den Himmel.

Zwar haben wir Bergarbeiter unseren eigenen Kohlenpreis, doch die derzeitige Preisdebatte bewegt gerade uns besonders stark. Im Hintergrund steht nämlich die Frage der stabilen Beschäftigungslage im Steinkohlenbergbau. Der soziale Status des Kumpels wird nicht nur allein durch die Höhe des Schichtlohnes bestimmt, sondern auch durch die Anzahl der Schichten. Ob die gesetzlich und tariflich zulässige Anzahl der Schichten verfahren werden kann, hängt davon ab, ob unsere Kohle vollständig ihren Absatz findet. Zwar garantiert uns die deutsche Qualitätskohle einen weitgehenden Schutz hinsichtlich des Absatzes, doch halten wir es für unsere Pflicht, warnend unsere Stimme zu erheben. Die Debatte über den Kohlenpreis hat aber noch etwas anderes sichtbar werden lassen. Jedesmal, wenn Kohlenpreiserhöhungen erfolgen oder auch nur angekündigt werden, erfolgen allgemein Preissteigerungen. Die Praxis hat uns gelehrt, daß sie stets damit verbunden sind. (Durchschnitt 8% Kohlenpreiserhöhung — 0,24% durchschnittl. allgemein. Preissteigerung.)

Von dieser Preissteigerung werden alle Arbeitnehmer betroffen — auch die Kumpels. Das aber bedeutet eine Aushöhlung unserer Kaufkraft und damit Senkung unseres realen Einkommens. Wie aus Industriekreisen bekannt wurde, rechnet man mit einem generellen Anstieg der Kostenstruktur in der deutschen Wirtschaft um 3 bis 5%. Der Arbeitnehmer wird der Leidtragende sein. Man spricht u. a. bereits von einer Erhöhung der

Strom- und Gastarife. Die Arbeitnehmerschaft kann in dieser Situation nicht stillhalten. Kann die gewerkschaftliche Organisation auf den Preis keinen Einfluß nehmen, so doch auf die Löhne. Lohnforderungen sind die logische Folge. Die Frankfurter Allgemeine rechnet mit Lohnerhöhungen für 3 bis 4 Millionen Arbeitnehmer.

Aus all diesen Überlegungen heraus hat die IG Bergbau Kohlenpreiserhöhungen stets kritisch betrachtet und ihrerseits Warnungen ausgesprochen. Auch bei der letzten Debatte ist in verschiedenen Stellungnahmen die Auffassung der IG Bergbau veröffentlicht worden. Wir haben die zeitliche Berechtigung bezweifelt, wie wir auch die Höhe der Preiswünsche für unberechtigt halten.

Leider sind unsere berechtigten Bedenken, die wir im Interesse aller Arbeitnehmer in der Wirtschaft ausgesprochen haben, nicht beachtet worden. Die Verantwortung liegt nunmehr bei den Produzenten und ihren Verbänden.

Die Kohlenpreiserhöhung hat aber auch noch eine andere Frage aufgeworfen, nämlich, ob auf Sicht gesehen, die Bergbauwirtschaft überhaupt ihre sozialen Verpflichtungen erfüllen kann, wenn ihr nicht eine finanzielle Hilfe durch den Staat gewährt wird. Es dürfte sehr zweifelhaft sein, ob in der Zukunft die Kosten ständig durch den Preis wieder hereingeholt werden können, abgesehen davon, daß die Kostensituation in Zeiten des Konjunkturrückganges schlechter wird. Der Bergbau befindet sich in einem echten Nachteil, weil — wie schon erwähnt — im Bergbau von einer Automatisierung keine Rede sein kann.

Im wirtschaftlichen Wettlauf der Industrien wird der Bergbau deshalb immer stärker ins Hintertreffen geraten. Es ergibt sich die Frage, ob dann die soziale Spitzenstellung der Bergarbeiter gehalten werden kann. Daß sie im Interesse des Nachwuchses gehalten werden muß, ist keine Frage. Der Staat wird auf die Dauer nicht umhinkommen, wirtschaftliche und soziale Hilfestellung zu leisten.

Damit taucht auch die Frage der Neuordnung der Bergbauwirtschaft auf. Es ist sehr naheliegend, den Wunsch auszusprechen, daß als erste Maßnahme ein wirtschaftlicher Ausgleich in der Weise erfolgen müßte, indem man den wirtschaftlichen Ertrag des gesamten Steinkohlenbergbaus gleichmäßig zum Nutzen aller Unternehmen verwendet.

Bekanntlich handelt es sich bei Erfolgen oder Mißerfolgen in der Gewinn- und Verlustrechnung der einzelnen Gesellschaften nicht in erster Linie um besondere Intelligenz einerseits oder mangelnde Befähigung andererseits, sondern um unterschiedliche Verhältnisse der Flöze. Niemand ist für die natürlichen Verhältnisse verantwortlich. Diese Tatsachen aber führen dazu, daß die Unternehmen recht unterschiedliche Produktionsbedingungen zu verzeichnen haben, die auch zu stark unterschiedlichen Betriebsergebnissen führen.

Die Diskussion um die Kohlenpreiserhöhung hat bewiesen, daß großes Vertrauen dann nicht am Platze ist, wenn es sich um die Wiedergabe betriebswirtschaftlicher Ergebnisse handelt. Eine stärkere öffentliche Kontrolle ist darum notwendig. Jedenfalls wird die Industriegewerkschaft Bergbau nicht umhinkommen, sich über eine sinnvolle Neuordnung schon jetzt die notwendigen Gedanken zu machen. Letzten Endes geht es uns darum, daß wir als Gewerkschaft unsere Aufgabe erfüllen können. Darum müssen wir an der Gestaltung der dazu notwendigen Voraussetzungen mitarbeiten. Eine sinnvolle Neuordnung der Bergbauwirtschaft mit dem Ziel eines wirtschaftlichen Ausgleichs darf keine Theorie bleiben. Die Neuordnung muß einen Beitrag leisten, um die sozialen Aufgaben erfüllen zu können. Wenn im Zuge einer gesamten fruchtbaren wirtschaftlichen Entwicklung sich eine allgemeine Steigerung des Lebensstandards vollzieht, dann müssen auch die im Bergbau Beschäftigten daran teilhaben.

Sicher ist, daß im Bergbau die Produktivität weniger schnell steigen wird als in anderen Industrien. In anderen Wirtschaftszweigen wird man zweifellos auf dem Gebiet der Automatisierung größere Möglichkeiten haben. Falsch aber wäre es, wollte man annehmen, daß im Bergbau keine Möglichkeiten vorhanden wären, über eine verstärkte Mechanisierung und betriebliche Konzentration eine höhere Produktion als zur Zeit zu erzielen. Gerade jetzt ist es an der Zeit, darauf hinzuweisen, die Investitionsmittel im verstärkten Maße für die Mechanisierung und Konzentration im Untertagebetrieb anzusetzen.

Auf keinen Fall kann der Bergbau lohnpolitisch stillhalten und auf sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen verzichten. Wir müssen unsere soziale Stellung verteidigen, d. h. daß wir bei einem allgemeinen Anstieg des Lohnniveaus als Bergarbeiter ebenfalls zeitgemäße Forderungen stellen müssen. Bezüglich des Reallohnes haben wir alle den gleichen Wunsch.

Wir alle wissen, daß es nicht so sehr auf die Quantität als auf die Qualität des Geldes ankommt. Die Kaufkraft ist entscheidend.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Kaufkraft des Geldes durch die Preissteigerungen empfindlich ausgehöhlt worden ist. Alle Beschäftigten blicken mit Sorge in die Zukunft. Wenn nicht bald dem Steigen der Preise etwas Wirkungsvolles entgegengesetzt wird, wird die Kaufkraft unserer D-Mark noch weiter absinken. Die Gewerkschaften aber sind gezwungen, auf dem Lohnsektor Forderungen zu stellen, damit zunächst einmal der Reallohn den Arbeitnehmern erhalten bleibt.

In unserer „sozial gebundenen Marktwirtschaft" zeigen sich sonderbare Erscheinungen. Das Steigen der Preise ist nicht immer begründet. Die Vertreter der Wirtschaft machen sich die Argumentation sehr einfach und berufen sich auf steigende Löhne. In Wirklichkeit sind es jedoch zumeist die hohen Gewinnspannen, die auf die Preise einwirken. Was uns in der Wirtschaft fehlt, ist eine echte Konkurrenz, die dazu führt, daß die überhöhten Gewinnspannen abgebaut werden.

Es ist bedauerlich, daß die breite Öffentlichkeit geneigt ist, in den Chorgesang der Unternehmer mit einzustimmen, daß die Lohnerhöhungen die Ursache für Preissteigerungen seien. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade die Kohlenpreiserhöhung ist der beste Beweis dafür, daß sie zwangsläufig zu weiteren allgemeinen Preissteigerungen und damit zu neuen berechtigten Lohnforderungen führen. Den Gewerkschaften bleibt gar keine andere Wahl.

Die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft

Mit dieser letzten Feststellung ist angedeutet, daß die Gewerkschaften nicht die Möglichkeit haben, von sich aus gegen die Aushöhlung der D-Mark Entscheidendes zu tun. Solche Maßnahmen können nur durch das Parlament oder aber die Regierung eingeleitet werden. Bei dem Problem, das uns jetzt alle so sehr bewegt, handelt es sich im wesentlichen um Auswirkungen der Wirtschaftspolitik auf unseren Lebensstandard. Es ist dies ein Vorgang, der sicher jedem denkenden Arbeitnehmer klargeworden ist. An der aufgezeigten Tatsache gibt es nichts zu deuteln, und darum haben die Gewerkschaften nicht nur ein Recht, sondern sogar die Pflicht, ihrerseits den Versuch zu machen, die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen.

Die Gewerkschaften sind ganz selbstverständlich stets und immer an der Arbeit des Parlamentes und der Regierung interessiert. Sie haben in der Vergangenheit, und wollen es auch in der Zukunft tun, Einfluß genommen auf die gesetzgeberische Arbeit. Es wird wohl von jedem sachlichen Menschen als vollkommen korrekt betrachtet, wenn ein solch mitgliederstarker Sozialverband wie der DGB im Interesse seiner Mitglieder um eine soziale und wirtschaftliche Gesetzgebung mitbemüht ist. Der wesentlichste Teil der gewerkschaftlichen Tätigkeit spielt sich zwar einfach in Wirtschaft und Gesellschaft ab — fast oder ganz ohne Berührung mit den politischen Gebilden —, doch es gibt Fragen, die auch in die politische Sphäre hineinreichen.

Ich glaube, es gibt wohl kaum jemanden in unserer Gewerkschaft, der irgend etwas Anrüchiges darin sieht, daß eine gesellschaftliche Organisation wie der Deutsche Gewerkschaftsbund danach strebt, eben auf die Gesetzgebung einzuwirken, soweit es sich um solche Gesetze handelt, die unmittelbar die Interessen des bei ihm organisierten Personenkreises berühren.

Wie weit reicht nun dieses unmittelbare Interesse an der Gesetzgebung? Hier sind es vor allem erst einmal die traditionellen Interessengebiete, wie das Arbeitsrecht und die Sozialpolitik, also Sozialversicherung, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit sowie die verschiedensten Versorgungsgesetze; dazu kommt dann noch die Sozialreform im Ganzen, die Gesetzgebung für den Wohnungsbau, Mietpreispolitik, Betriebsverfassung und Personalvertretung, wie andere Fragen auf dem wirtschaftlichen Sektor.

Aber auch an der Gestaltung der Innen- und Außenpolitik haben die Gewerkschaften ein berechtigtes Interesse. Eines der bedeutsamsten Anliegen der deutschen Gewerkschaften ist die Wiedervereinigung von Ost und West. Jeder von uns fühlt die ungeheure weltpolitische Gefahr, die mit dieser unmöglichen Trennung verbunden ist. Wir wissen zu genau, und das lehrt die Vergangenheit, daß es in erster Linie die Arbeitnehmerschaft ist, die ihre Haut zu Markte tragen muß, wenn weltpolitische Spannungen zu einem Weltbrand führen. Die Gewerkschaften sind an einer vergifteten Atmosphäre in der Welt nicht interessiert. Sie möchten eine stetige friedliche Entwicklung im Interesse aller Menschen, ganz gleich wo sie beheimatet sind.

Es gibt deshalb keine politische Neutralität der Gewerkschaften. Im Gegenteil, die Gewerkschaften sind dazu berufen, bei den Diskussionen über solche Fragen, die sie selbst betreffen, mitzureden.

Niemand kann eine Organisation wie den Deutschen Gewerkschaftsbund zur politischen Enthaltsamkeit oder gar Sterilität verurteilen. Die Gewerkschaft kann es sich nicht nehmen lassen, zu aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen Stellung zu beziehen. Insofern gibt es auch keine gewerkschaftliche Neutralität.

Die Gewerkschaften müssen das Recht behalten, sich zu allen wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zu äußern und die Haltung der Parteien zu dieser oder jener Frage entweder anzuerkennen oder zu kritisieren.

Was aber für die Gewerkschaften unabdingbar ist, ist ihre parteipolitische Unabhängigkeit. Der Bestand der Einheitsgewerkschaft ist so lange gesichert, wie es die politischen Parteien unterlassen, sich in die Angelegenheiten der Gewerkschaften einzumischen. Dabei werden es die Gewerkschaften stets freudig begrüßen, wenn sich die politischen Parteien ihrer Interessen annehmen und in den Parlamenten für die politische Fundamentierung Sorge tragen. Damit ist ganz deutlich gesagt, daß die Parteien durch ihr Verhalten in den Parlamenten das Verhältnis zu den Gewerkschaften selbst bestimmen.

Deshalb hat der DGB in einer Erklärung zur Bundestagswahl die Arbeitnehmer zur Ausübung ihrer staatspolitischen Pflicht aufgefordert und auch im einzelnen darauf hingewiesen, was er von dem am 15. September 1957 gewählten Bundestag erwartet. Es handelt sich im wesentlichen um jene Punkte, die ich vorhin in kurzen Zügen angesprochen habe.

Zur Stützung der gewerkschaftlichen Zielsetzung ist es z. B. dringend erforderlich, daß mit gesetzlichen Maßnahmen Preissteigerungen verhindert werden, damit der Reallohn erhalten bleibt, das Sozialprodukt gerecht verteilt und durch eine stetige Aufwärtsentwicklung in der Wirtschaft das Arbeitseinkommen erhöht wird.

Ferner ist es notwendig, ein Steuersystem zu schaffen, das sozialen Grundsätzen entspricht, und schließlich ein Kartellgesetz, das die Verbraucher vor Machtmißbrauch schützt. Nicht zuletzt aber ist es dringend erforderlich, daß das seit langem

erwartete Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend ohne Verzug beschlossen wird. Dazu kommt dann noch das große Verlangen des deutschen Volkes, das alle Herzen höher schlagen läßt: die Wiedervereinigung unseres Volkes in Frieden und Freiheit. Alle diese Fragen beinhalten letzten Endes Beiträge zur Gestaltung des materiellen und kulturellen Lebens unseres Volkes, insbesondere der Arbeitnehmer.

Nachdem das deutsche Volk am 15. September seine Entscheidung getroffen hat, hoffen wir, daß unsere Demokratie in Staat und Wirtschaft nicht nur erhalten, sondern noch weiter ausgebaut wird.

Wir haben bewiesen, daß wir als Arbeitnehmer und als Gewerkschaften die Mitverantwortung nicht scheuen. Wir lehnen es aber ab, mitverantwortlich gemacht zu werden für Dinge, auf die wir nicht den geringsten Einfluß haben.

Durch eine Betonung der Bereitschaft zur Mitverantwortung soll aber keineswegs zum Ausdruck gebracht werden, daß wir uns als Gewerkschaften in unserer Bewegungsfreiheit einengen lassen. Leidenschaftlich werden wir uns gegen jede Maßnahme wehren, die uns zu diesem oder jenem zwingen will. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für unsere Mitglieder wollen wir im Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeitgeberseite selbst regeln. Auch dann, wenn es zu keinem annehmbaren Ergebnis kommt, wollen wir frei sein und keiner staatlichen Zwangsschlichtung unterliegen.

All das sind Erwartungen, die ich mir erlaube freimütig auszusprechen. Die junge deutsche Demokratie muß auch auf dieser Ebene ihre Bewährungsprobe bestehen. Jedenfalls werden wir sie als Gewerkschafter bis zum äußersten verteidigen.

Aus der aufgezeigten Sicht heraus erscheint es mir notwendig, einiges zu dem Kapitel Einheitsgewerkschaft zu sagen. Die früheren Richtungsgewerkschaften vermochten im entscheidenden Augenblick dieser vorhin erwähnten staatspolitischen Aufgabe nicht gerecht zu werden. Ihre Zerrissenheit ließ eine einheitliche Aktion gegen die seinerzeitige Zerstörung demokratischer Grundrechte nicht zu. Die Gewerkschaften können aber nur dort leben, wo wirklich echte Demokratie zu Hause ist.

Der bekannte Sozialwissenschaftler Prof. Oswald von Nell-Breuning hat jüngst in einem groß angelegten Artikel, betitelt: „Zur Gewerkschaftsfrage heute", einmal den Unterschied der

damaligen Richtungsgewerkschaften zu der heutigen Einheitsgewerkschaft treffend aufgezeigt. Dabei traf er eine Unterscheidung zwischen den „klassischen" Gewerkschaften und der „gefestigten" Gewerkschaft. Für die Frage einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in unserer Bundesrepublik ist diese Unterscheidung nach Nell-Breuning von wesentlicher Bedeutung.

Zwar sind die klassischen und die gefestigten Gewerkschaften insofern gleich, als sie rechtlich als freie, private Vereinigungen gelten, die ausschließlich im Namen ihrer Mitglieder und für diese handeln. Aber in Wirklichkeit sind die Einheitsgewerkschaften sehr viel mehr. Nell-Breuning sagt wörtlich:

„. . . sie üben im beträchtlichen Umfang öffentlich-rechtliche Funktionen aus, in gewissem Sinne sind sie geradezu als Verfassungsorgane zu bezeichnen."

An Hand einiger Beispiele beweist Nell-Breuning die große umfassende Stellung der heutigen einheitlichen Gewerkschaften in unserem Gesellschaftsleben. Als Begründung führt er im einzelnen an:

a) die Machtvollkommenheit, mit dem anderen Sozialpartner Gesamtarbeitsverträge abzuschließen,
b) die Beteiligung an der Arbeitsgerichtsbarkeit,
c) die Mitwirkung an den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungen usw.,
d) die Beteiligung an der Arbeitsgerichtsbarkeit,
e) die Ausübung des Mitbestimmungsrechtes.

Wörtlich schreibt Nell-Breuning:

„In all diesen Fällen liegt die Vorstellung zugrunde, die Gewerkschaft handele für die gesamte Arbeitnehmerschaft. Mit anderen Worten, die organisierte Arbeitnehmerschaft als der regste, interessierteste und verantwortungsbewußte Teil handele zugleich auch für den unorganisierten Teil, der durch diese seine Unorganisiertheit seine Indolenz und Interessenlosigkeit bekunde und sich damit gewissermaßen selbst einverstanden erklärte, bevormundet zu werden."

Nell-Breuning schließt:

„So stellt sich die Frage, ob sich unter solchen Umständen der Übergang von Richtungsgewerkschaften zur Einheitsgewerkschaft überhaupt noch rückgängig machen läßt. Mit anderen Worten, ob, nachdem sich einmal das Einheitsgewerkschaftsprinzip, wenn auch nicht vollständig, so doch weitgehend, durch-

gesetzt hat, neu begründete Richtungsgewerkschaften überhaupt noch als Gewerkschaft und im Sinn wie Verfassungs- und Gesetzesrecht von Gewerkschaften zu sprechen, anerkannt werden können. Führende Arbeitsrechtler verneinen es oder neigen jedenfalls zur verneinenden Meinung."

Man braucht solchen Worten des anerkannten Sozialwissenschaftlers nichts hinzuzufügen.

Einheitliche Gewerkschaftsbewegung heute dringender als je

Zwölf Jahre sind vergangen, seit das deutsche Volk den furchtbarsten Krieg der Geschichte erleben mußte. Wir alle standen damals vor dem Nichts, aber das deutsche Volk — und nicht zuletzt seine arbeitende Bevölkerung — ließ den Kopf nicht hängen, sondern packte zu.

Wie immer in Zeiten der Not fanden die Menschen leichter zusammen. Arbeitnehmer, ganz gleich welcher Konfession oder auch konfessionslos, gleich welcher politischen Auffassung, erkannten die Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Hans Böckler, von allen geehrt und geachtet, war der Vollstrecker dieser Erkenntnis. Es konstituierte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Das Bemühen, die Spaltung der Gewerkschaften in verschiedene Richtungen zu überwinden, war schon in der Weimarer Zeit sichtbar geworden. In den Jahren des Naziterrors ist der Wille zur Einheit in der deutschen Arbeitnehmerschaft noch gewachsen. Wir hatten gelernt, über das, was uns unterscheidet, nicht das Gemeinsame zu vergessen.

Die Not jener Tage ließ uns enger zusammenrücken; ließ uns die verschiedensten Zwistigkeiten begraben und alle Kräfte zusammenfassen, um dem gemeinsamen Gegner zu widerstehen. Bewußt verzichteten wir beim Wiederaufbau der Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch auf eine Wiederbelebung der als überholt erkannten Richtungsgewerkschaften. Wir gaben der Einheitsgewerkschaft den Vorzug.

Gewitzt durch die vor 1933 und in der Zeit des NS-Regimes gesammelten Erfahrungen, fanden wir uns zu einer großen solidarischen Aktionsgemeinschaft. Über Weltanschauung und fast schon historisch gewordenen Organisationsformen hinweg schlossen wir uns als Arbeitnehmer zu einer einheitlichen Bewegung zusammen.

In den Satzungen, die wir uns gaben, sprachen wir die Verpflichtung zur religiösen Toleranz und parteipolitischen Unabhängigkeit aus. Damit hatten wir eine gesunde Basis für die gefundene Einheit geschaffen. Jeder mußte einige Abstriche machen. Dafür aber war die Voraussetzung für eine gemeinsame Arbeit gegeben: nämlich die gleiche Grundvorstellung vom richtigen Ganzen, Weg und Ziel.

Dreimal sind die Gewerkschaften in unserem Volk zur Arbeit angetreten: 1865, 1918, 1945. Noch vor etwa fünf Jahren bezeichneten führende Persönlichkeiten in unserer Bundesrepublik es als einen wahren Segen für die gesamte Menschheit, wenn den Gewerkschaften eine ganze Zeit ruhiger Arbeit beschieden sein würde; wenn ihre Zielsetzung weite Kreise zur Mitarbeit bewege. Diese Einsicht scheint in gewissen Kreisen gerade in diesen Tagen besonders stark zu schwinden.

Die erneute Stellungnahme des deutschen Episkopats zu Gewerkschaftsfragen macht es notwendig, die derzeitige gewerkschaftliche Situation in schonungsloser Offenheit anzusprechen. Seit der Gründung des DGB als Einheitsgewerkschaft hat es nicht an Versuchen gefehlt, diesen wieder zu zerschlagen. Es gibt nun einmal Kräfte, denen die Einheit der Arbeitnehmer ein Dorn im Auge ist. Diesen Kräften wurde nur zu oft von den verschiedensten Seiten — wenn auch ungewollt — Vorschub geleistet.

So sahen schon zu Anfang ängstliche Gemüter in der Einheit der Arbeitnehmer Gefahren für die weltanschaulichen Minderheiten. Die Zusammenarbeit der Menschen aus den verschiedenen Bereichen wurde dadurch mit einem zu großen Maß an Skepsis begonnen und unnötigerweise von Mißtrauen untergraben. Gar bald trat ein, was unter solchen Bedingungen nicht ausbleiben konnte; die Mitarbeit bestimmter Personen erschöpfte sich in bloßer Kritik.

Ein nicht minder wichtiger Grund, der zumeist schamhaft verschwiegen wird, ist die bedauerliche Tatsache, daß vielerorts der Einfluß des Klerus einen nicht geringen Teil der katholischen Arbeitnehmer von einem aktiven Einsatz in der Gewerkschaft zurückhielt.

Der verschiedentlich geübten Kritik an der Arbeit innerhalb der Gewerkschaften kann ohne Zweifel nicht jede Berechtigung abgesprochen werden. Wir wollen uns nicht täuschen; die geistigen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft befinden sich nun

einmal noch im Bildungsprozeß. Starke Impulse leben noch aus der Vergangenheit. Es ist nur ganz natürlich, daß sich die alten Gegensätze noch gelegentlich regen.

Die Schwächen der menschlichen Natur spielen dem Willen zur Einheit noch manchen bedauernswerten Streich. Doch diese Erscheinungen dürften wohl kaum so schwerwiegend sein, daß sie die Preisgabe der so schwer errungenen organisatorischen Einheit der Arbeitnehmerschaft rechtfertigen.

An der Richtigkeit des von uns nach 1945 eingeschlagenen gewerkschaftspolitischen Weges ist nicht zu rütteln. Wir in der Industriegewerkschaft Bergbau haben bewiesen, daß dieser Weg gangbar ist. Wie überall im Leben, gab es auch bei uns hin und wieder Unstimmigkeiten, doch sie wurden stets in kollegialer Weise beigelegt. Immer aber wußten wir zu verhindern, und zwar durch die Zusammenarbeit, daß Gewerkschaftsarbeit und Gewerkschaftspolitik einseitig gestaltet wurde.

In krassem Widerspruch zum Wollen der breiten Masse der christlichen Arbeitnehmer, die in Treue zum DGB steht, kam es auf Betreiben führender Funktionäre der KAB im Herbst 1955 zur Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands. Es waren dies dieselben Personen, die ohne Ausnahme seit der Wiedervereinigung von Gewerkschaften im zerstörten Deutschland zu der gegründeten einheitlichen Gewerkschaft in einem Verhältnis negierender, um nicht zu sagen abfälliger Kritik standen.

Eifersüchtig kritisierten sie jedes und jeden in der Einheitsgewerkschaft, sobald dort vorgetragene Stellungnahmen zu irgendwelchen Problemen oder die Durchführung bestimmter Aktionen ihren Vorstellungen nicht entsprachen. Sie waren — man muß darum wissen — trotz allem aber Mitglied einer Gewerkschaft des DGB, ohne sich jedoch jemals zu echter aktiver Mitarbeit entschließen zu können.

Die Kritik der angesprochenen Personen am DGB entsprang keinem echten Bedürfnis, sondern reinem Opportunismus, um die Meinung der Arbeitnehmer wie aber auch die der Öffentlichkeit, unter der Parole: „Haltet den Dieb" gegen den DGB zu schüren und damit den Boden für ihre Absichten vorzubereiten. Die Unruhestiftung war ihr erstes taktisches Mittel.

Bis zur eigentlichen Gründung der CGD war es allerdings noch ein weiter Weg. Mancherlei Testversuche wurden gestartet und

die verschiedensten Organisationsgebilde geschaffen, ohne jedoch vorerst den Mut zur wahren Absicht aufzubringen. Angefangen von der „Betriebsaktion Rhein-Ruhr" bis zum „Verein für Sozialpraxis" führte der Weg jedoch schnurgerade in das von Anfang an gewollte Ziel.

Das deutsche Episkopat begrüßte die erfolgte Gründung der CGD mit betonter Sympathie ohne vorerst Einwendungen gegen das Verbleiben katholischer Arbeitnehmer in den Gewerkschaften des DGB zu erheben. Auf evangelischer Seite bezeichnete man die Neugründung als unzweckmäßig und unerwünscht und befürwortete mit aller Eindringlichkeit die Einheitsgewerkschaft. So war die CGD von Anfang an eine fast ausschließlich katholische Angelegenheit. Es bleibt für die deutsche Arbeitnehmerschaft für immer unverständlich, wieso man von vielen Seiten nichts unversucht ließ, der Neugründung Auftrieb zu geben. Hingewiesen sei hier besonders auf die schon vor der offiziellen Gründung der CGD gezielte Einflußnahme von in der katholischen Sozialarbeit stehenden Geistlichen. Die Entwicklung der CGD entsprach bekanntlich nicht den auf sie gesetzten Erwartungen. Die Mitgliederzahl blieb weit hinter dem zurück, womit man in interessierten Kreisen gerechnet hatte. Kein Geringerer als Kardinal Frings führte im Sommer 1956 auf der Bischofskonferenz in Fulda vor seinen Amtsbrüdern bewegt darüber Klage, daß die CGD immer noch nichts Rechtes geworden sei. Gerade erst habe sie eine fünfstellige Mitgliederzahl erreicht, die zu veröffentlichen man sich schäme.

Die im Frühjahr dieses Jahres herausgekommene Verlautbarung der katholischen Bischöfe Westdeutschlands zur Gewerkschaftsfrage hat uns trotz allem überrascht. Laut Anschreiben an die Spitzen aller katholischen Laienverbände „wird von allen Katholiken erwartet, der CGD als Mitglied beizutreten oder aber alles zu unterlassen, was dem weiteren Wachstum der CGD schaden könne".

In einem Schreiben an den Vorsitzenden der Fudaer Bischofskonferenz, Kardinal Frings, haben im Namen aller katholischen Arbeitnehmer in der IG Bergbau unsere katholischen Sekretäre sich zu dem genannten Ansinnen unmißverständlich geäußert. Die Kollegen haben meine, und ich darf wohl sagen, unseres gesamten Verbandes ungeteilte Sympathie.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft — einschließlich der christlich-sozialen Kollegen — ist nicht gewillt, sich aufsplittern zu

lassen. Die Einheit bietet Vorteile und Möglichkeiten auf gewerkschafts-, gesellschafts- und staatspolitischem Gebiet, die sie weder durch Zureden noch Täuschung noch Einschüchterung aufzugeben gedenkt.

Gewerkschaftspolitisch bedeutet die Gewerkschaftseinheit immer ein hohes Gut, ein immer erstrebenswertes Ziel. Der in jüngster Zeit erfolgte Zusammenschluß der amerikanischen Gewerkschaften bietet dafür das beste Beispiel.

Gesellschaftspolitisch kommt es hinsichtlich der Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur darauf an, ein dem Menschen gerecht werdendes Ordnungsbild zu verkünden, sondern soweit als möglich auch zu verwirklichen.

Staatspolitisch aber ist es von größter Bedeutung, daß eine Organisation wie der DGB fest entschlossen ist, die demokratischen Grundrechte zu verteidigen. Damit wendet sie sich gegen alle Kräfte, die die Neigung haben, uns eine Diktatur in neuer Auflage zu bescheren.

Wir alle aber wollen das weitere Geschehen um die zahlenmäßig zwar bedeutungslose, gewerkschaftspolitisch nicht ernst genug zu nehmende Splitterorganisation — die aber auch jeden echten Gewerkschaftscharakter vermissen läßt — wachsam im Auge halten. Hier gilt der Grundsatz: Wehret den Anfängen. Es bahnt sich eine Auseinandersetzung an, die an Härte nichts zu wünschen übrigläßt. Sie findet uns gerüstet. Die besseren, die sachlichen Argumente sind auf unserer Seite.

Die Geschlossenheit der organisierten Arbeitnehmerschaft wird sich bewähren wie bisher. Als eine Hoffnung darf man es wohl bezeichnen, daß jüngere Arbeitskameraden, die sich anfangs der CGD zur Verfügung stellten, den Mut zur notwendigen Neuorientierung aufbrachten. Nichts wäre verkehrter, als wollten wir den gutwilligen Kräften aus der CGD den Weg zurück zum DGB versperren. Wir haben es in der Tat nicht nötig, kleinlich zu sein. Wir sind bereit, mit jedem einzelnen Mitglied der CGD in eine sachliche Diskussion einzutreten. Wir werden sie überzeugen. Die besseren Argumente sind auf unserer Seite. Auch die am 26. Oktober 1957 stattfindende Generalversammlung der christlichen Bergarbeiter wird nicht darüber hinwegtäuschen können, daß es sich um eine hoffnungslose Aktion handelt.

Mehr denn je wird es künftig auf die Gemeinsamkeit aller Arbeitnehmer ankommen, sollen die auf uns zukommenden Aufgaben in der rechten Weise in Angriff genommen und gelöst werden. Für gegenseitige Vorwürfe und Anschuldigungen ist in unseren Reihen weder Platz noch Zeit. Letztlich geht es uns allen um ein gemeinsames Ziel und Anliegen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen des Menschen im Betrieb ständig zu verbessern und ihm eine ihm zukommende soziale Ordnung aufzubauen.

Zu dieser Aufgabe sind alle aufgerufen, weil nur durch das gemeinschaftliche Bemühen aller Arbeitnehmerkräfte diese Aufgabe gemeistert werden kann. Zur Mitarbeit an diesen Aufgaben ist uns jeder, der ehrlichen Willens ist, immer willkommen.

Vor diesem Kreis von Kameraden, die echte gewerkschaftliche Funktionen ausüben, ganz gleich ob als Vorstandsmitglieder in den Ortsgruppen oder als Vertrauensleute in den Betrieben, hielt ich es für erforderlich, einmal die Grundlagen unserer zukünftigen Arbeit zu umreißen. Dabei ging ich davon aus, daß die Lösung der sozialen Frage auch für die Zukunft unsere große gemeinsame Aufgabe ist.

In diesem Zusammenhang habe ich versucht, die voraussichtliche Entwicklung in der Bergbauwirtschaft wie im gewerkschaftlichen Bereich aufzuzeigen. Selbstverständlich geht man bei solchen Betrachtungen von einer normalen Entwicklung aus. Wenn im Unterton einige Besorgnisse herauszuhören waren, dann hat das seinen guten Grund.

Wir sind nicht sicher, ob nicht doch über kurz oder lang neues Unheil über uns hereinbricht. Um dies abzuwenden, ertönt immer wieder unser Ruf nach sozialer Sicherheit.

Soziale Sicherheit ist das große umfassende Ziel. Dieses Ziel beinhaltet alle in diesem Referat angesprochenen Probleme. Soziale Sicherheit bedeutet in erster Linie einen ausreichenden Lebensstandard für alle Menschen, ganz gleich ob sie im Arbeitsprozeß stehen oder ob sie ohne Sorge ihren Lebensabend verbringen wollen.

Lösung der sozialen Frage im umfassenden Sinn bedeutet aber auch Beteiligung aller sozialen Schichten unseres Volkes am Fortschritt der Zeit. Die gesellschaftliche Gleichberechtigung ist Ausdruck dieses Zieles. Wir wissen genau, daß sich die von uns gewünschte soziale Sicherheit in einer Welt voller politischer Spannungen schwer verwirklichen läßt. Was wir als Gewerk-

schaften zur Entspannung beitragen können, wollen wir tun. Wir wollen nicht müde werden, unter Ausnutzung unserer Beziehungen zu den Arbeitnehmern der übrigen Welt den Ruf nach Frieden und Freiheit ertönen zu lassen.

Hinter diesem unserem Wollen muß die geschlossene Kraft der Arbeitnehmer stehen. Die große Chance der Arbeitnehmerschaft liegt einzig und allein in ihrer Einheit. Darum kämpfen wir mit Leidenschaft unter Wahrung der Grundsätze der Toleranz und Fairneß für die Erhaltung unserer Einheitsgewerkschaft.

So wollen wir auch in Zukunft unsere Pflicht tun, auch dann, wenn die Schwierigkeiten einmal größer werden sollten. Wir leisten diese Arbeit, weil wir uns der Gemeinschaft der Arbeitnehmer verpflichtet fühlen; wir leisten diese Arbeit aus innerer Überzeugung und aus dem Bewußtsein heraus, einer gerechten Sache zu dienen. Wir haben eine echte gesellschaftspolitische Mission zu erfüllen.

Diese Mission ist mit dem Abschluß von Tarifverträgen noch keinesfalls beendet. Die Grenzen unseres Wirkens und Wollens sind um einiges weiter gesteckt. Es geht uns letztlich um eine allgemeine Reform des heutigen Zustandes; es geht uns um eine gerechte Verteilung der in unserer Volkswirtschaft erarbeiteten Erträge; es geht uns um die volle Anerkennung der Arbeitnehmer in allen Bereichen des Lebens.

Wir alle stehen als Funktionäre, getragen vom Vertrauen unserer Kollegen, führend in der Arbeit unserer Organisation. Wir sind der großen Gemeinschaft der Bergarbeiter verpflichtet. Erfüllen wir, ganz gleich wo wir stehen, die uns zugewiesene Arbeit im Interesse unserer Bergarbeiter und ihrer Familien in der rechten Weise.

Was wir an gewerkschaftlicher Arbeit leisten, leisten wir letzten Endes auch für die anderen Arbeitnehmer in der Wirtschaft, sowie ihre Leistungen auch uns als Bergarbeiter nutzen. Wir wissen aber zu genau, daß wir als Bergarbeiterorganisation eine der tragenden Säulen der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind. Jawohl, wir sind stolz darauf. Diese Tatsache wird uns nie Veranlassung sein, unsere verantwortungsvolle Stellung in unverantwortlicher Weise zu mißbrauchen. Auch dieser größeren Gemeinschaft fühlen wir uns verpflichtet. Wir arbeiten für uns und damit für alle.

Zu guter Letzt sind wir ein Glied einer noch größeren Gemeinschaft; einer Gemeinschaft, die keine Landes- und Stammesgrenzen kennt. Wir fühlen uns verpflichtet, im Rahmen der internationalen Gemeinschaft ebenfalls unsere Aufgaben zu erfüllen. Jede nationale Gewerkschaft hat in ihrem Bereich eigene Aufgaben. Das kann keinesfalls darüber hinwegtäuschen, daß gegenseitige Wechselwirkungen hinsichtlich der Ergebnisse ihrer Politik bestehen. Wir haben Beispiele gewerkschaftlichen Wirkens, wie auch wir in bestimmten Dingen beispielgebend wirken können.

So treiben wir als Gewerkschafter, ganz gleich wo wir stehen, die Entwicklung weiter. So helfen wir uns gegenseitig.

Gemeinschaft verpflichtet! Wir wollen diese Verpflichtung, die nicht neu ist, beleben. Wir möchten wünschen, daß in die Herzen aller Menschen die Sehnsucht nach Gemeinschaft — nach echter Gemeinschaft im wahren Sinne des Wortes einzieht. Eine alles umfassende Gemeinschaft muß das große gewerkschaftliche Ziel bleiben. Jenes Ziel, das keinen Haß und keine Zwietracht kennt. Nur dadurch wird es möglich sein, der Welt den Frieden, den Völkern die Freiheit und den Arbeitnehmern in der ganzen Welt soziale Sicherheit zu garantieren. Als gesellschaftspolitischer Faktor haben wir die Kraft. Nutzen wir sie zum Segen der Menschheit.